

Das Neueste vom Tage.

Western steht im Winterwettbewerb mit dem Reichswirtschaftsrat anerkannt. Die Westseite eine Besprechung über die Vordereinstellung der Genfer Konferenz hat.

Im Reichsstabinet wurde nach längerer Erwägung die Bildung einer Kommission von 10 Mitgliedern beschlossen, der Bergwerksdirektoren, Bergbauern und Arbeitnehmer angehören und die ihre Arbeit am 24. Oktober aufnehmen wird.

Im Westen wurde die Internationale Wirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Hungernot in Belgien des deutschen und österreichischen Wirtschaftlers eröffnet.

Die Buchdrucker in Moskau haben an das Proletariat der ganzen Welt einen Aufruf gerichtet, in dem sie sich gegen die Rätereierung erklären.

Der Reichskanzler über Oberschlesien.

In der heute erscheinenden ersten Nummer der Oberschlesischen Rundschau in Ratibor haben sich die nachfolgenden bedauerlichen Betreibungen des Reichskanzlers über das Verhängnis Oberschlesiens zum Reich, die gerade in den letzten Tagen höchst Zustimmung aller deutschen Volksteile finden werden:

Deutschlands Lage ist ernst und schwer, aber nicht hoffnungslos. Dort lastet auf uns die Faust der Sieger, die uns nicht glauben wollen, daß nur unsere wirtschaftliche Wiedergenesung auch ihnen die erwarteten Vorteile bringen kann. Sie hegen immer noch den Irrglauben, daß Deutschland seine wiedergewonnenen Kräfte nicht im Dienste des Friedens, sondern zur Befriedigung irgendeiner Revanche ausüben würde. Der Glaube an den ehrlichen Willen des deutschen Volkes, den durch den Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen nachzukommen und zu einem Teil an der Wiedererrichtung europäischer Kulturgemeinschaft beizutragen, muß die Atmosphäre internationalen Vertrauens geschaffen werden, in der die Lösung der tausendfachen Streitigkeiten eintreten kann, die besiegte und unterdrückte Völker erlitten haben. Den Gläubigen an Deutschlands ehrlichen Willen überall zu wecken und das deutsche Volk in den Stand zu setzen, die Reiben des Krieges zu verwinden und am Neubau des Reiches freudig mitzuwirken, ist die vornehmste und größte Aufgabe, die der deutschen Regierung gestellt ist und zu deren Erfüllung alle meine Mitarbeiter und ich Ihre Kräfte einlegen.

Wir vertrauen, daß diese große und schwere Aufgabe gelöst werden wird, denn unerschütterlich lebt in uns die Ueberzeugung von der unüberwindlichen Lebenskraft des deutschen Volkes und seinem unbeugbaren Willen zum Leben. Unser Volk, das wie kein anderes gemeinsame Not getragen hat und trotz der schwersten Erschütterungen, die ihm der verlorene Krieg gebracht hat, die Entschlossenheit zum Wiederaufstieg aus dem tiefen wirtschaftlichen und moralischen Elend bewahrt hat, trägt in sich die Stärke einer neuen starken Lebenskraft. Wir haben die Wärme, die seit den Revolutionsjahren über unser Vaterland dahingebraut hat, beibehalten, und ich trage die Verantwortung, daß wir auch über alle Schwierigkeiten und Gefahren, die uns noch bevorstehen, hinwegkommen werden. Wir sind gerettet, wenn wir in Treue zusammenhalten und uns bewußt sind, daß wir alle ein gemeinsames Schicksal tragen und durch unüberwindliche Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden sind.

Dieses Bewußtsein muß insbesondere auch im ober-schlesischen Volke stark und lebendig sein, denn gerade von unserer ober-schlesischen Brüdern wird das offene Bekenntnis mit dem deutschen Volke und Vaterland gefordert. Ganz Deutschland blickt heute auf den Kampf, den das ober-schlesische Volk um seine Zukunft ausfechten muß. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß der besonderen Eigenart des ober-schlesischen Landes und Volkes weit mehr, als es in der Vergangenheit geschehen ist, Rechnung getragen werden muß und ist entschlossen, den Ansprüchen der Oberschlesier, soweit es im Rahmen der Verfassung des deutschen Reiches möglich ist, nachzukommen. Oberschlesien wird über seine staatliche Zukunft selbst entscheiden. Bald die Entscheidung zugunsten Deutschlands aus, mit dem es eine tausendjährige Geschichte verbindet, dann darf es gewiß sein, daß ihm die Selbständigkeit gewährt wird, die es im Rahmen der Verfassung und im Staatsverbande des deutschen Reiches erhalten kann.

Dr. G. Schulz

Frankreich und die Entschädigungsfrage.

Auf die Note der englischen Regierung an Frankreich in der Entschädigungsfrage wird in offiziellen französischen Kreisen betont, daß die französische Regierung ihren Standpunkt, den sie schon in Spa einnahm, nicht

verlassen werde. Die Entschädigungsfrage sei nicht von der Kommission für die Wiedergutmachung zu trennen und alle Punkte, die damit in Verbindung stehen, überläßt die französische Regierung ausschließlich dieser Kommission. Trotzdem sei man nicht abgeneigt, an besonderen Konferenzen teilzunehmen, die sich mit der Entschädigungsfrage befassen sollen, wolle dazu aber die Delegierten entsenden, die Frankreich in der Entschädigungsfrage vertreten. Es dreht sich nach französischer Auffassung allein um die Frage, ob bezüglich der Entschädigung die Bestimmungen des Versailler Vertrages auszuführen werden oder der Vertrag annulliert werde. Zum letzteren werde sich die französische Regierung nie bereit erklären können, wie Dequès in einem Interview zu einem Korrespondenten sagte.

Es ist nicht richtig, wenn die Franzosen behaupten, den jetzt vertretenen Standpunkt in der Entschädigungsfrage schon in Spa angenommen zu haben. Dort handelte es sich um nichts anderes als um eine Konferenz, auf der Deutschland als gleichberechtigte Macht vertreten sein sollte. Davon aber will man in Paris heute nichts wissen und bricht somit ein klares Versprechen. Wenn man von vornherein die Entschädigungsfrage von der Wiedergutmachungskommission nicht trennen wollen, dann hätten sich ja alle die Verhandlungen über Genf erübrigt. Es ist auch ganz klar, daß, wenn die Wiedergutmachungskommission allein die Entschädigungen festsetzt, von uns Summen verlangt werden, die wir niemals leisten können. Das wollen die Franzosen, weil sie auf diese Weise die Gelegenheit zu bekommen glauben, militärische Zwangsmassnahmen zu ergreifen, d. h. in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Das ist das Ziel, nach dem Millerand strebt. Deshalb hat Dequès das Wiedergutmachungsproblem ausgelegt zu der Frage: Erfüllung oder Nichterfüllung des Versailler Vertrages? Es ist aber nicht als ein heimtückischer französischer Trick, aus vernünftigen Verhandlungen über die Entschädigungen eine Nichterfüllung des Vertrages zu folgern. So liegen die Dinge nicht, und selbst wenn es so wäre, man geschähe lediglich dem Befehl der Vernunft, wenn man von Deutschland nichts Unerschütterliches verlangte. Aber die Franzosen wollen nicht Vernunft, sie wollen das Ruhrgebiet. Das wissen wir

Ein Erfolg für die Genfer Konferenz.

Partier Meldungen zufolge sollte man in französischen Regierungskreisen überzeugt sein, daß die Konferenz in Genf endgültig fallengelassen werde. Darin sehe man aber keinen französischen Erfolg, denn an die Stelle der Konferenz dürfte nach dem Ergebnis der Londoner Besprechungen Delacour mit Lloyd George eine andere Zusammenkunft zwischen Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission und den Finanzachverständigen aller Europa-Staaten stattfinden. Die Engländer wünschen sogar, daß in dieser Konferenz auch Amerikaner vertreten sein sollen. Es scheint, daß der englische Ministerpräsident in der Frage der Vertretung Deutschlands bei der nächsten Besprechung der Wiedergutmachungsfrage auf seinem Standpunkt verharre, wonach die Vertreter Deutschlands zu diesen Besprechungen eingeladen werden müssen.

Königliche zweite Volkstag-Konferenz?

Havas meldet, daß das französische Kabinett nach Entgegennahme des Berichtes der Brüsseler Delegation sich auch mit der Anregung einer zweiten Brüsseler Konferenz befaßt habe. Die Stellungnahme des französischen Kabinetts sei dahin erfolgt, daß für Frankreich zunächst kein Interesse für eine zweite Brüsseler Konferenz besteht.

Das Jüme des Ostens.

Alle polnischen Nationalisten reiben sich vergnügt die Hände, und die französischen Internationales schmunzeln dazu. Mit der Besetzung Wilnas ist wieder mal ein seines Spiel gedreht worden. Was schadet es, wenn im sogenannten Friedensvertrag Wilna den Litauern erhalten bleibt. Flug wird ein kleiner militärischer Austrub inszeniert, und der General Jezgowski mit den gedruckten polnischen Instruktionen und besetzt mit seinen Truppen das Ziel polnischer Wünsche, die rechtsmögliche litauische Landeshauptstadt Wilna. Die polnischen Wünsche sind ja deutlich genug ausgesprochen worden, und es ist in diesem Zusammenhang interessant zu erfahren, daß wenige Tage vor der Besetzung Wilnas die Außenkommission des polnischen Kongresses eine Entschließung angenommen hat, in der es heißt: Angesichts der Kriegsfrage brückt der Völkervertrag die Ueberzeugung aus, daß die Unterzeichnung des Wilnaer Vertrages in die polnische Republik in Uebereinstimmung mit dem vielfach ausgeprochenen Willen der Ortsbevölkerung die einzige notwendige Bedingung eines dauerhaften Friedens ist. Der W u n (s) des polnischen Völkertags war dem General Jezgowski Weisung. Bismarck er auch Befehl des polnischen Oberkommandos oder vielleicht auch der polnischen Regierung war, daß wird voraussichtlich die Zukunft nach erweisen. Vorherhand kann man ja erst einmal formell das Wort geben Jezgowski mitbilligen und genötigt als militärischen Auf-

rühr bezeichnen. Die Hauptsache ist, daß Wilna nicht wieder den Litauern gegeben wird und daß durch die französische Unterstützung durch Litauen und Weißrußland der Korridor gebrochen wird, der nach Sowjetrußland führt, der für Polen zwar ein Korridor ist, für Deutschland aber ein unerträgliches Stiegel, da die wirtschaftliche Verbindung mit Sowjetrußland dann unmöglich gemacht wird. Gerade das aber ist das Ziel der französischen Imperialisten, die Polen immer dann Hilfe leisten, wenn sie ihre Absichten gegen Deutschland richten und die deshalb auch jetzt aus dem vergangenen Jahr nicht gelernt haben, sondern jene Standpaarpolitik fortsetzen, deren Unhaltbarkeit am späten Ende schon die Regierung des kaiserlichen Deutschlands, die sie selbst betrieht, eingesehen hat. Abgesehen von diesen Interessen, die auch unsere Ostpolitik berühren, erhebt sich für Deutschland aber noch eine Frage von anderem Interesse. Wer garantiert uns, daß das, was Reigowick heute gegen Wilna unternommen hat, nicht morgen irgendeiner anderer polnischer Heersführer gegen Ober-Ostern unternimmt? Das Wilna-Beispiel hat gezeigt, daß auch die drohende Gefahr des polnischen Einmarsches in Ober-Ostern viel mehr als ein leeres Ohrenspiel ist, denn in Polen kramert man sich nicht um sogenannte Friedensverträge und Abmachungen, sondern dem polnischen Nationalismus ist zur Befriedigung seiner Forderungen nun einmal jedes Mittel recht.

Versuchter Riesendiebstahl chemischer Patente für das Ausland

Die chemischen Werke in Orzesze in Oberschlesien, die Deutsche Gold- und Silberbleichfabrik Frankfurt a. M., die chemischen Werke Böhmen, Mannheim, und Chembrader Wolfinger in Niederrhein hatten eine bedeutende Anzahl von geheimen Verfahren zur Erzeugung von Chemikalien beim Reichspatentamt angemeldet und die Unterlagen und Dokumente bei einem Patentanwalt in Frankfurt a. M. niedergelegt. Hier wurden sie durch die Sekretärin des Patentanwaltes, die 24jährige Anna Wätner, auf Ansuchen ihres Schwagers, des Mechanikers Walter, gestohlen. Die Urheber des Patentdiebstahles waren ein Ulrich Geyer und der Müller Georg Horst. Die beiden letzteren waren mit

geheimen und wertvollen Unterlagen versehen. Geyer veranlaßte den Walter zur Ausführung des Diebstahles, der dann gemeinsam mit der Wätner vollzogen wurde. Den Briefwechsel zwischen den ausländischen Spionen und den Frankfurter Dieben vermittelte durch Adressen der Müller Horst. Die Patente, die einen ganzen Koffer füllten, sollten durch den Bruder des Walter nach einer Stadt im besetzten Gebiet geschafft und gegen hohe Bezahlung von ausländischen Interessenten in Empfang genommen werden. Geyer übergab an der Nikolaikirche dem Walter den Koffer zum Abtransport ins besetzte Gebiet. Zufällig wurde dieser Vorgang von einem Führer beobachtet. Der Beamte gelang an dem Hauptbahnhof den Bauern Fejerdal. Der Koffer wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht und enthält tatsächlich bis obenhin einen Haufen wertvoller Patente der deutschen chemischen Industrie. Die weiteren Bestimmungen, die nun die Kriminalpolizei übernimmt, bedeuten dann ein Neis von sieben Heilern und Landesberatern auf und führten zur Verhaftung von vorläufig neun Personen. Es ist nicht unüblich, daß schon Patente ins Ausland verschafft sind. Nach Angabe der in Frage kommenden chemischen Werke hätte die deutsche Industrie, nicht nur die chemische allein, falls der Raub gelungen wäre, einen Schaden von unvorstellbarer Tragweite, der nach Milliarden gewertet werden müßte, erlitten. Der Haupttäter hatte aus dem Ausland bereits erhebliche Summen erhalten. Viele der Patente stellen das Ergebnis langer, teilweise 15jähriger Arbeit der deutschen Ingenieure und Chemiker dar.

Kleine politische Meldungen.

Der Ausfall beim Reichsnoteprint. Wie wir erfahren, hat die Veranlagung zu dem Reichsnoteprint in Großberlin die Finanzämter allgemein enttäuscht. Der von Erzberger herausgebrachte Einnahmebeitrag des Reiches aus dem Reichsnoteprint wird allein in Großberlin um 25 bis 40 Prozent hinter den Erwartungen zurückbleiben, die auf Grund der früheren Reaktionsveranlagungen errechnet waren.

Die Entlastung der Reichsgeldscheine. Die Reichsgeldscheine, welche über eine angebliche Reichsbank des bayerischen Finanzpräsidenten Dr. Kahr, daß in nicht daran steht, das Entlastungsgeld zur Durchführung zu bringen. Wie die Zeitungen hier, hat Reichsbankpräsident Kahr eine dringende Erklärung nicht abgegeben, da es sich handelt um die bayerische Regierung die Reichsgeldscheine zur Durchführung bringt, wie alle andere Reichsbank, ohne Reichsbankbewegungen in Weita. Die Führung unter der Aufsicht der Reichsbank nimmt einen schärferen Charakter an. In Spanien und Loga haben die Arbeiterbewegungen die Uebernahme des Eisenbahnverkehrs die Unternehmen gefordert und die Antwort auf die Forderungen bis 15. h. h. v. verlangt.

Die Konferenz der baltischen Finanzminister. Die Konferenz der deutschen Finanzminister, die mehrere Tage in Warschau auf die letzte Sitzung zu dem Ende nach Warschau